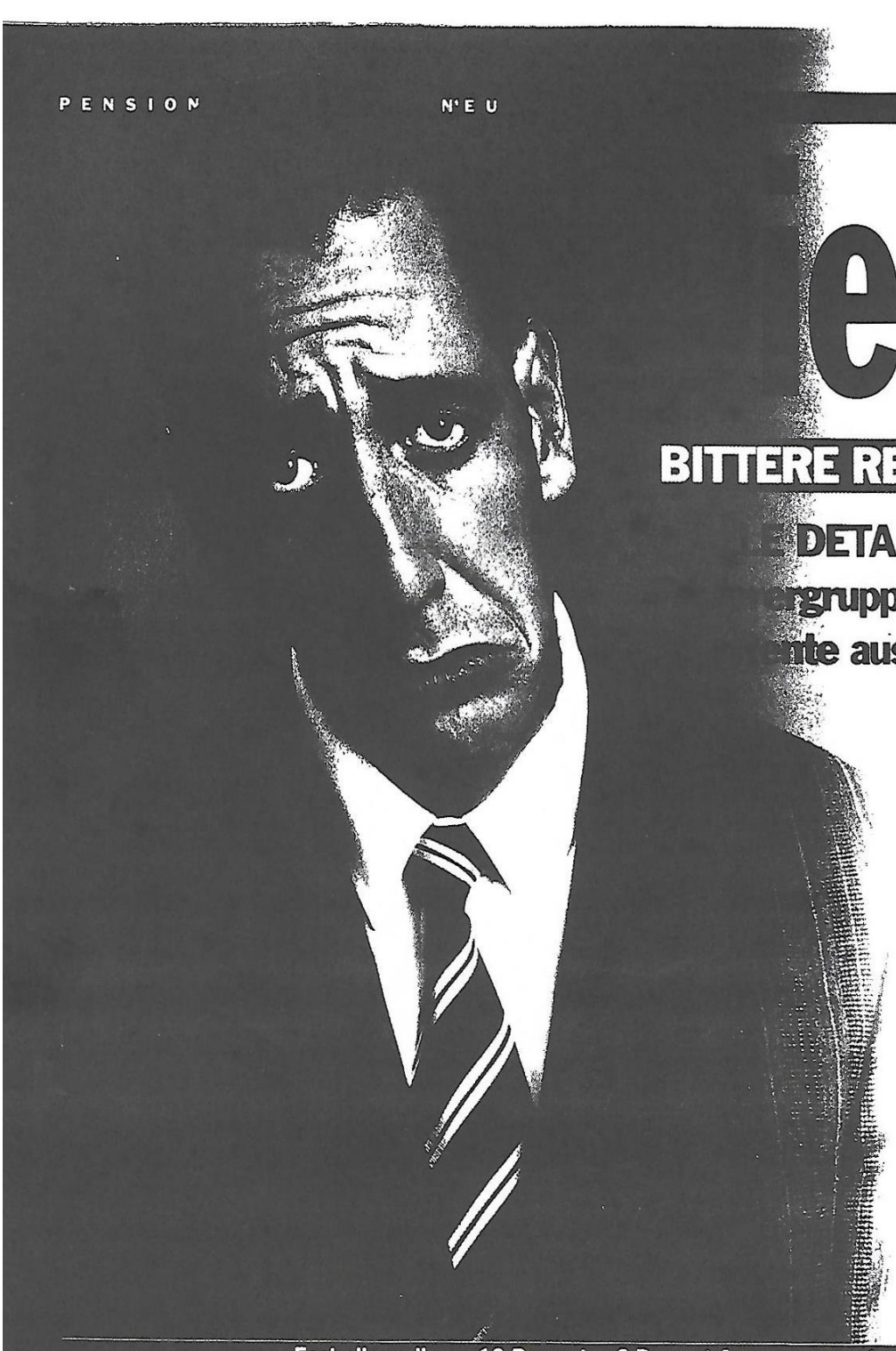

e Pen

BITTERE REFORM-PILLE: Jed

DETAILS. Die größten gruppen. Plus: Wie Sie te ausrechnen können.

Die Parlamentsdebatte vom 10. Juni werden die Österreicher so schnell wohl nicht vergessen. Denn selten zuvor ist ein einziger Tag im Hohen Haus so viele so teuer zu stehen gekommen. Inmitten des Sitzungstrubels blieb allerdings eines lange im Unklaren: Was bedeutet die Pension neu für die Österreicher? Da wurde heftig über die Hacklerregelung gestritten, ohne dass dazu allerdings klar auf dem Tisch gelegen wäre, was diese im Konkreten bedeuten würde. Da lobte sich die Regierung für die Änderung der Anrechnung von Kinderzeiten bei berufstätigen Frauen, verschwieg allerdings, dass die Pensionen künftig nicht mehr automatisch vollständig an die Inflationsrate angepasst werden.

Verluste für alle. Klar ist, dass die Pension neu für alle Österreicher finanzielle Einbußen im Alter bringen wird, egal ob sie erst in Rente gehen werden oder schon in Pension sind. Für alle, die bis 2028 in Pension gehen, gilt derzeit eine Verlustobergrenze („Deckelung") bei der Vergleichsrechnung mit dem alten Pensionsrecht. Und dieser maximale Verlust trifft auch vor allem jene mit voller Härte, die bereits in absehbarer Zeit das Rentenalter erreichen. Die Arbeiterkammer hat dafür folgendes Beispiel gerechnet: Hans Huber, ein 60-jähriger Angestellter, der am 1. Mai 2004 in Pension geht, hat bis dahin 46 Versicherungsjahre,

Fast alle verlieren 10 Prozent + 2 Prozent Anpassungsverlust

Hans Huber, 60

ANGESTELLTER, geht am 1. 5. 2004 nach 46 Versicherungsjahren und mit 43 Beitragsjahren in den Ruhestand:

Pension ALT	**2.120 Euro**
Pension NEU	**1.908 Euro**
Verlust:	**212 Euro / M.**

Maria Kurz, 56

ARBEITERIN, eine Tochter, geht mit 60 mit 37,5 Versicherungsjahren in Rente. Fällt nicht in 1.000-Euro-Regel, da Gatte auch Rentner:

Pension ALT	**518 Euro**
Pension NEU	**469 Euro**
Verlust:	**48 Euro / M.**

W. Müller, 55

SCHWERARBEITER, muss mit 60 mit 42 Versicherungsjahren krankheitshalber in Invaliditätspension:

Pension ALT	**1.323 Euro**
Pension NEU	**1.191 Euro**
Verlust:	**132 Euro / M.**

sions-Wahrheit

Österreicher verliert bei der Rente neu bis zu 12 Prozent

● SKANDAL. Warum Polit-Pensionäre nur mit 1 Prozent zur Kasse gebeten werden.

PENSIONSRITTER. Die Pläne von Kanzler Schüssel, Finanzminister Grasser und Vizekanzler Haupt liegen am Tisch. Fazit: Derzeit verliert fast jeder 12 Prozent.

davon 43 Beitragsjahre, erworben. Nach altem Recht würde seine Brutto-Monatspension 2.120 Euro betragen. Mit der Pension neu erhält er nur mehr 1.908 Euro. Hubers monatlicher finanzieller Verlust beträgt damit 212 Euro *(siehe Beispiele links)*. AK-Präsident Herbert Tumpel: „Durchschnittlich verlieren auch Bezieher kleiner Pensionen durch die Pension neu dauerhaft bis zu eineinhalb Monatspensionen pro Jahr." Mit dem NEWS-Pensionsrechner auf Seite 24 können Sie rasch und übersichtlich Ihre persönliche Alterspension ausrechnen. Alle (*bis Redaktionsschluss Dienstagabend bekannten*) Details der Pension neu wurden dabei bereits berücksichtigt.

Die Inflations-Falle. Dazu kommen aber noch weitere Verluste, die durch die fehlende Valorisierung der Pensionen ab 2004 entstehen. Hinter diesem sperrigen Fachbegriff verbirgt sich vereinfacht gesagt die gesetzlich fehlende Inflationsabdeckung jener Pensionen, die über der so genannten Meridianpension liegen. Und das sind fast alle Pensionen, denn die Meridiangrenze lag 2001 bei Arbeiterinnen bei 515 Euro monatlich, bei Angestellten bei bescheidenen 851 Euro. Die fehlende Valorisierung betrifft nicht nur jene, die ab 2004 in Rente gehen, sondern sie gilt für alle, die sich ab diesem Zeitpunkt in Pension befinden. Wie in einem Budgetpapier von Finanzminister Karl-Heinz Grasser festgehalten, rechnet die Himmelpfortgasse durch diese Pensionskürzung mit einem Einsparungspotenzial von 116 Millionen Euro im Jahr 2004 *(siehe Kasten S. 23)*. 2005 will die Regierung dadurch bereits ▶

Vorsicht Falle: Die vier Pensionstricks Schüssels

FALLE 1: DER 1.000-EURO-RETTUNGS-SCHMÄH

NUR WENIGE BETROFFEN. Es werden nicht alle Pensionen unter 1.000 Euro monatlich von der Reform ausgenommen, sondern nur Familienpensionen unter 1.000 Euro. Das betrifft statt 1,1 Millionen Österreicher nur mehr 37.000. Die dürfen sich über eine Erhöhung des Augleichszulagenrichtsatzes um 35 Euro pro Monat freuen. Alleinstehende mit Renten ab 665 Euro pro Monat werden von den Kürzungen voll erwischt.

FALLE 2: 10-PROZENT-DECKEL OHNE GARANTIE

VERLUSTGRENZE FÄLLT BALD. Laut Regierungspapier dürfen die Verluste der Pensionsreform für alle, die bis 2028 in Rente gehen, 10 Prozent der Pensionshöhe des alten Systems nicht übersteigen. Doch gibt es im ganzen Regierungspapier dafür eine fix eingetragene Gültigkeitsdauer. Der Deckel gilt bis zur Einführung eines neuen Systems. Damit können auch heute 45-Jährige noch einmal zur Kasse gebeten werden. Unter 35-Jährige sollten fix mit höheren Einbußen rechnen.

FALLE 3: AUS FÜR VOLLE INFLATIONSABGELTUNG

PENSIONSKÜRZUNG BEI ALLEN. Künftig werden nicht mehr wie bislang alle Pensionen automatisch der Inflationsrate angepasst, sondern nur mehr bis zur Höhe der so genannten Meridianpension. Und die ist denkbar niedrig: Sie beträgt durchschnittlich 650 Euro, bei Arbeiterinnen liegt sie deutlich darunter. Damit greift die Regierung auch in bestehende Pensionen ein. Laut Berechnungen der Arbeiterkammer verlieren alle Pensionisten dadurch jährlich 2 Prozent ihrer Rente.

FALLE 4: WER GILT WIRKLICH NOCH ALS HACKLER?

HÜRDENLAUF HACKLER-RENTE. Die so gnenannte Hacklerregelung lag zu Redaktionsschluss noch immer nicht ausformuliert vor. Die Zahl der Arbeitsjahre, nach denen ein Schwerarbeiter auch vorzeitig in Rente gehen kann, schwankte zwischen 45 und 50 Jahren. Dazu kommt, dass die Regelung nur für jene gilt, die ihr halbes Arbeitsleben Schwerarbeiter waren. Wer also krankheitshalber in einen leichteren Beruf wechseln musste oder muss, fällt nicht unter

PROTESTE OHNE WIRKUNG. Von den Streiks von über einer Million Arbeitnehmern zeigte sich die Bundesregierung wenig beeindruckt und bittet alle zur Kassa.

▶ 232 Millionen Euro (10 Milliarden Schilling) einsparen, ein Wert, der auch für das Jahr 2006 budgetiert ist. Karl Öllinger, Sozialsprecher der Parlaments-Grünen: „Diese still und leise zwischen ÖVP und FPÖ paktierte Pensionskürzung ist der Hammer, denn sie betrifft auch bestehende Pensionen und gilt ab dem Ausgleichzulagenrichtsatz." Dieser Richtsatz ist mit derzeit 643,54 Euro pro Monat nicht gerade üppig dotiert. Wer eine Rente bis zu dieser Höhe erhält, gilt laut Gesetz als arm und bleibt von den Pensionskürzungsmaßnahmen ausgespart. Doch schon ab 700 Euro Monatspension – auch nicht gerade ein üppiger finanzieller Polster fürs Alter – schlägt die Reform voll zu.

Die 1.000-Euro-Falle. Um die Befreiungsgrenze tobte in der vergangenen Woche noch ein heftiger Streit zwischen Haider-Schwester Ursula Haubner und Karl-Heinz Grasser. Haubner forderte die Ausnahme aller Pensionen unter 1.000 Euro von der Reform, Grasser lehnte ab. Als Kompromiss feierten dann vor allem die FPÖ-Abgeordneten im Parlament die Befreiung von der Pensionsreform, wenn die gemeinsame Rente der Ehepartner 1.000 Euro nicht übersteigt. Von dieser Regelung sind allerdings nach NEWS vorliegenden Daten des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger gerade einmal 37.306 Österreicher betroffen. Die Mehrheit davon, rund 16.000, sind Rentner der Sozialversicherung der Bauern, also klassische ÖVP-Stammklientel. Gleichzeitig schauen aber 236.000 Ausgleichszulagenbezieher, die allein stehend sind – also auch die Mehrheit der darunter fallenden Pensionisten –, durch die Finger. Sie trifft die fehlende Valorisierung voll. Kein Wunder, dass die Armutskonferenz, ein Zusammenschluss aller wichtigen heimischen Sozialeinrichtungen von Caritas bis zur Katholischen Frauenbewegung, bereits vor einem sprunghaften Anstieg jener Pensionisten, die in akuter Armut leben, warnt. Martin Schenk, Sprecher der Armutskonferenz: „200.000 Pensionisten unter der Existenzgrenze haben von dieser Reform nichts." Auch für Sozialforscher Bernd Marin ist „diese Reform die Einzementierung einer Zwei-Klassen-Pensionsgesellschaft. Der Staat stiehlt sich hier aus seiner sozialen Verantwortung und wälzt das Pensionsproblem auf die Bürger ab, die ihren Lebensstandard nur durch einen hohen Eigenvorsorgebeitrag halten werden können."

Frauen sind die Verlierer. Am stärksten trifft die Pensionsreform neu berufstätige Frauen mit geringerem Einkommen. Zwar wurden die anrechenbaren Kinderbetreuungszeiten von drei Jahren pro Kind im Gegensatz zum Erstentwurf wieder entkoppelt – pro Kind kann jede Frau jetzt volle drei Beitragsjahre anrechnen –, aber dieser Vorteil egalisiert sich durch den neuen Steigerungsprozentsatz bereits 2009. Ein Rechenbeispiel der AK belegt das eindrucksvoll: Frau Maria Kurz, 56, ist Arbeiterin, hat eine Tochter und erwirbt bis zum Regelpensionsalter von 60

Politrentner-Trick: Der neue 1-Prozent-Verlust-Deckel

Während Normalverdiener bis zu 12 Prozent Rente verlieren, kommen Politrentner bis 3.300 Euro mit 1 Prozent davon

Politiker wissen sich zu helfen. Vor allem dann, wenn es um die Beschneidung der eigenen Privilegien geht. Das steht – zumindest in Österreich – außer Streit. Doch in keinem anderen Land Europas dürfte die Politik derart perfid an Ausnahmeregelungen in eigener Sache basteln.

Fettnäpfchen-Marathon. Zur Erinnerung: Vor mehr als einem Monat war es ein so genanntes „Missverständnis", als der grüne Sozialsprecher Karl Öllinger aufdeckte, dass ÖVP und FPÖ in ihrem Entwurf zur Neuregelung der Politikerpensionen ernsthaft die Neueinführung einer Frühpension für Politiker geplant hatten. Also korrigierten die Klubchefs der Regierungsparteien das „Missverständnis" – und landeten mit ihrer „Trägerrakete" erst recht wieder einen veritablen Bauchfleck: Denn die Frühpensionsregelung wurde zwar eliminiert, doch dafür sollten *„Änderungen für Übergangsfälle"* geschaffen werden. Auf gut Deutsch: Parteikameraden, die knapp den weitaus höher dotierten Anspruch nach dem „alten" System verlieren würden, sollten von der Reform doch noch verschont werden. Nach der peinlichen Enthüllung war die Sache wieder vom Tisch. Jetzt kommt das dritte Reform-Papier. Und siehe da: Wieder wurden Politiker besser gestellt. Öllinger: „Ich fasse es nicht! Aber nach dem neuen Plan sind die Verluste für Politiker bis zu einem Einkommen von rund 3.300 Euro mit einem einzigen Prozent gedeckelt."

I. anstelle der Versetzung in den Ruhestand das Ausscheiden aus der Funktion wegen Unfähigkeit zur weiteren Funktionsausübung tritt und

UNGLAUBLICH. Superpensionisten wie Altpolitiker Robert Lichal kommen auch im 3. Entwurf der Politrenten-Reform glimpflich davon. Er verliert „nur" 800 von 12.800 Euro Monatsrente.

Nur ein Prozent Verlust bis 3.300 Euro! Im Klartext: Während die Verluste von ASVG-Rentnern mit bis zu zehn Prozent plus Nichtanpassung im ersten Jahr recht deftig ausfallen, verlieren Politiker bis zur ASVG-Höchstbeitragsgrundlage von rund 3.300 Euro lediglich ein zusätzliches Prozent ihrer Rente. Erst für jenen Betrag, der die ASVG-Höchstgrenze überschreitet, sind künftig zusätzliche 8 Prozent an Pensionssicherungbeitrag abzuführen. Am Beispiel eines Spitzenpensionsbeziehers wie Robert Lichal (Exverteidigungsminister, Exnationalratspräsident und als Landesbeamter immerhin Hofrat), der die gedeckelte Höchstpension von rund 12.800 Euro brutto bekommt, wird klar, was das bedeutet: nämlich einen Verlust von gerade 800 Euro – was nach Adam Riese exakt 6,25 Prozent sind. Und eben bei weitem nicht jene 15 Prozent Verlust, die von der Regierung ursprünglich kolportiert wurden.

Die „Lex Unfähigkeit". Doch auch an anderer Gesetzesstelle ist den Klubjuristen ein äußerst peinlicher Formulierungs-Lapsus unterlaufen: Denn die Ausnahme, wie Politiker auch ohne die kurzzeitig geplante Frühpension doch noch vor 65 in die hoch bezahlte Rente gehen können, wurde ausgesprochen ungeschickt formuliert. Wörtlich heißt dieses Hintertürl *„wegen Unfähigkeit zur weiteren Funktionsausübung"*. Was dieses Mal freilich vom Wähler „missverstanden" werden könnte. **KURT KUCH** ■

GELDBESCHAFFUNG Für SPÖ-Budgetsprecher Christoph Matznetter ist die Pensionsreform „eine zynische und brutale Art der Geldbeschaffung und Gipfelpunkt einer traurigen Politik der Bundesregierung".

HAMMER WERTANPASSUNG. Karl Öllinger, Sozialsprecher der Parlaments-Grünen, kritisiert die neue Wertanpassung der Renten. „Da holt sich die Regierung dreistellige Millionenbeträge auf Kosten fast aller Rentner."

Jahren 37,5 Versicherungsjahre. Sie wird 2007 in Pension gehen. Nach altem Recht läge ihre Pension bei 518 Euro brutto monatlich. Da ihr Ehemann ebenfalls eine geringe Pension erhält, beide damit aber über der 1.000-Euro-Grenze liegen, bekommt sie keine Ausgleichszulage. Laut Pension neu wird Maria Kurz künftig trotz der Anrechnung von drei Jahren für die Erziehung ihrer Tochter nur mehr 469 Euro Monatspension erhalten. Das entspricht einem Minus von 9,3 Prozent. Dazu kommen rund zwei Prozent Minus durch die fehlende Pensionsanpassung. Fälle wie jener von Frau Kurz sind, so die Arbeiterkammer, keinesfalls die Ausnahme. Christoph Matznetter, Budgetsprecher der SPÖ: „Wenn die Regierung hier von sozialer Ausgewogenheit spricht, kann ich nicht einmal mehr lachen."

Fehlende Zukunftsperspektive. Brisanz birgt auch die Deckelung der Pensionsverluste durch die Reform. So gilt der Deckel von zehn Prozent nicht wie bis vor dem Pfingstwochenende noch vereinbart für alle, die ihre Rente bis 2028 antreten, sondern laut ÖVP-Klubchef Wilhelm Molterer „bis zur Schaffung eines neuen harmonisierten Pensionsmodells". Dummerweise fehlt hier allerdings jene zeitliche Perspektive, die viele Österreicher für die Abdeckung allfälliger Verluste durch eine vernünftige Privatvorsorge benötigen würden. Bernd Marin: „Es wäre sinnvoll, den Deckel bis maximal 2010 zu fixieren, um dann weiterbestehende Überzahlungen in einem Zeitraum bis 2025 kontinuierlich abzuschmelzen."

Alle unter 35-Jährigen können aber schon heute damit rechnen, dass ihre Pensionsverluste – wie in den Musterrechnungen nach Bekanntgabe des 1. Regierungsentwurfes im März – wohl bis zu 40 Prozent und mehr betragen können.

Die Härte-Falle. Als Ausgleich für Niedrigpensionsbezieher hat die Bundesregierung einen Härtefonds in der Höhe von jährlich 10 Millionen Euro eingerichtet. Allerdings fehlt im Gesetz der Passus, dass die Höhe dieses Fonds auch der Zahl der Pensionisten angepasst wird, die ihn in Anspruch nehmen können. Die 10 Millionen verteilen sich auf immer mehr Köpfe. Christoph Klein von der AK: „In wenigen Jahren hat der Härteausgleich eine vernachlässigbare Größenordnung erreicht und ist völlig wirkungslos."

Geldbeschaffung. Einen Österreicher werden die Auswirkungen der Pensionsreform allerdings freuen. Finanzminister Karl-Heinz Grasser bringen die Einsparungen bei den Renten viel frei verfügbares Budgetgeld. Durch das Fehlen der Valorisierung wird er allein 2004 116 Millionen Euro, in den Jahren 2005 und 2006 jeweils 232 Millionen Euro (oder umgerechnet 10 Milliarden Schilling!) lukrieren *(siehe Kasten unten.)* Christoph Matznetter: „Damit werden sich dann wohl die ersten Raten der Eurofighter bezahlen lassen."

CHRISTIAN NEUHOLD ■

Bitte umblättern: So rechnen Sie jetzt Ihre Pension neu!

Was die Reform dem Finanzminister wirklich bringt.

Grassers wundersamer Budgetverlust-Deckel

Der große Gewinner der Pensionsreform heißt Karl-Heinz Grasser. Der Finanzminister konnte im Laufe der Verhandlungen seinen Einsparungsanteil deutlich steigern. Bezahlen müssen das künftige und bereits in Rente befindliche Pensionisten.

● **ABSCHLAG BRUTAL IM MÄRZ.** In der Regierungsvorlage schlagen die Abschläge vor allem bei Frühpensionisten voll durch. Die Maßnahmen bringen Grasser für die Budgets 2004 bis 2006 eine Milliarde Euro.

● **DECKELUNG KOMMT.** Da die Pensionskürzungen vor allem künftige Pensionisten enorm viel kosten, wird die 10-Prozent-Deckelung erfunden. Grasser verliert fast die Hälfte seines Sparpotenzials.

● **NEUE GELDWERTANPASSUNG.** Am 5. Juni präsentiert Grasser im Budgetausschuss die Pension neu. Durch die Koppelung der Geldwertanpassung an die Meridianpension wird die Mehrheit der Pensionen nicht mehr an die Inflationsrate angepasst. Ergebnis: 232 Mio. Euro mehr für Grasser pro Jahr.